

Eine neue Härte in der Migrationspolitik

VON KERSTIN MÜNSTERMANN

So manch ein Verhandler hat sich am frühen Dienstagmorgen in Berlin die Augen gerieben. Wieder mal eine Nachtsitzung der Ministerpräsidenten mit dem Kanzler. Doch Bund und Länder haben es – im Gegensatz zu manchem Vorgängertreffen – diesmal geschafft: Es gibt eine neue Härte in der deutschen Migrationspolitik. Teils durch Fakten begründet, teils durch politische Symbole. Aber eine grundlegende Einigung ist erreicht – und das ist angesichts der hohen irregulären Migrationszahlen ein Fortschritt.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sprach dann auch erleichtert von einem „historischen Moment“. Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) war als Unionsvertreter naturgemäß nicht ganz so verzückt wie der Kanzler, sprach aber ebenfalls von einem wichtigen, aber nur ersten Schritt in der Migrationspolitik.

Doch an den Maßstäben der Ampel-Parteien gemessen, insbesondere der Grünen, hat sich viel getan. So sollen mögliche Anreize für Asylsuchende abgebaut werden: Bezahlkarten statt Finanzhilfen, schnellere Asylverfahren und neue Rückführabkommen mit anderen Ländern. Auch die Prüfung von Asylverfahren in Drittstaaten versprach der Bundeskanzler und ging damit auf einen Vorschlag von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) ein. Auch sollen Asylbewerber künftig erst nach 36 und nicht nach 18 Monaten volle Sozialleistungen beziehen können. Vor allem die Union hatte darauf gedrungen, die Versorgung einzuschränken. Die Länder wiederum atmen auf, weil der Bund zu einer Pro-Kopf-Zahlung zurückkehren wird. Auch wenn sie sich über mehr Geld gefreut hätten.

Doch die Ampel hat sich, auch unter dem Druck der Union, bewegt. Es ist ein Wechsel in der Flüchtlingspolitik, den es so bislang noch nicht gegeben hat. Es war ein erster Schritt, diese MPK. Ein Schritt in die richtige Richtung.

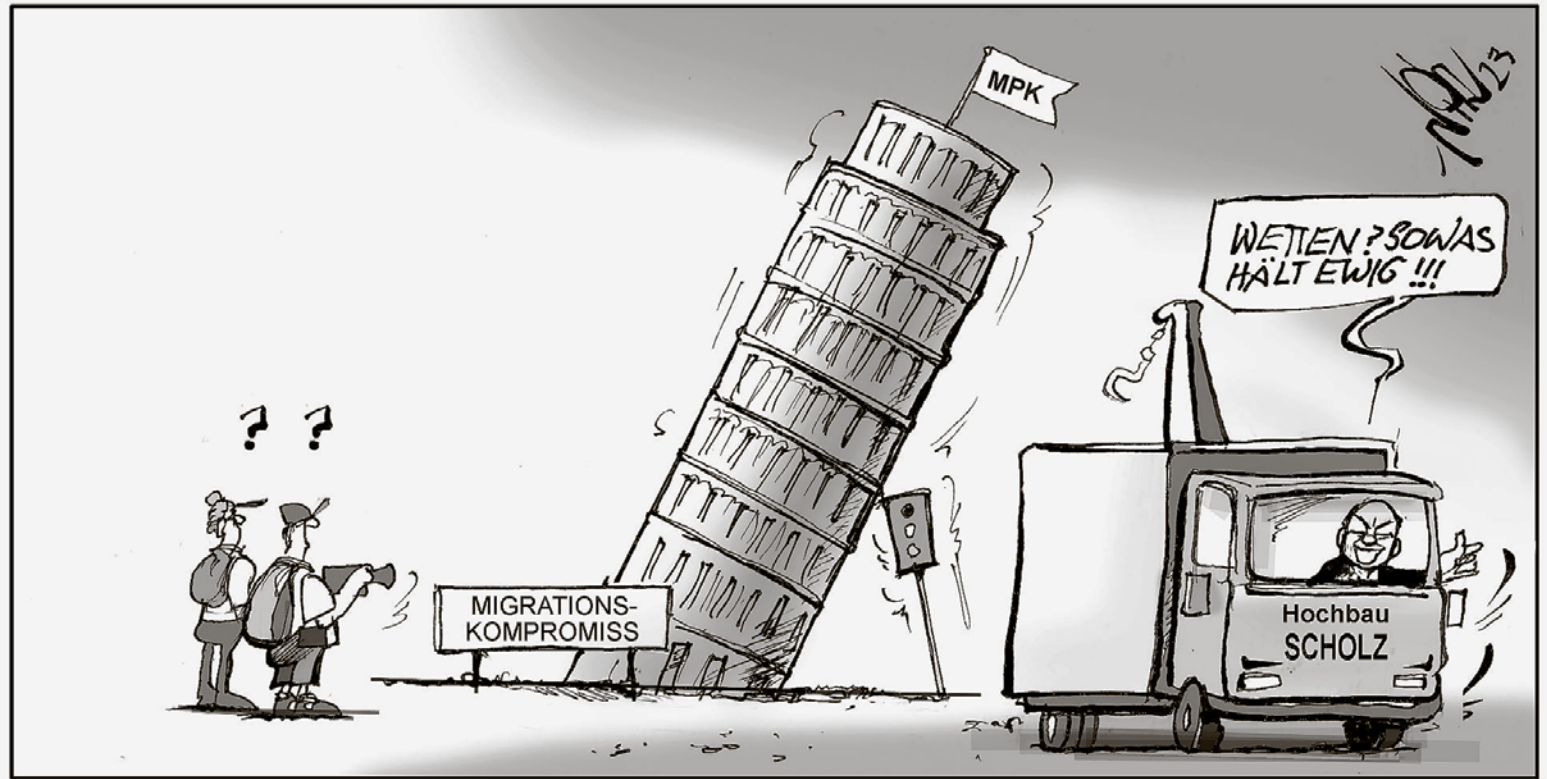
Hängepartie beim „Deutschlandticket“

VON REINHARD KOWALEWSKY

Es hätte schlimmer kommen können, aber kluge Politik sieht anders aus: Anders lassen sich die Entscheidungen der Ministerpräsidenten zum „Deutschlandticket“ nicht bewerten. Es soll 2024 fortgeführt werden. Dafür sollen nicht verbrauchte Mittel aus 2023 auf das nächste Jahr übertragen werden. Doch Preiserhöhungen werden ausdrücklich nicht ausgeschlossen.

Was bedeutet dies nun für die Nutzer? Es ist nicht ganz klar, wie die steigenden Kosten für den ÖPNV 2024 finanziert werden sollen, aber zumindest in der ersten Hälfte des Jahres wird das „Deutschlandticket“ sicher nicht auslaufen. Der sowieso festgelegte Zuschuss des Bundes reicht für die ersten Monate des Jahres aus, danach kann sich die Politik ein Ende des Prestigeprojektes nicht leisten. Also werden sich Bund und Länder am Ende wohl zusammenraufen, und die ÖPNV-Anbieter werden schon Wege finden, um einige Monate ohne klare Finanzierung zu überbrücken.

Dennoch müssen Kunden sich wohl auf eine Preiserhöhung einstellen. 49 Euro kostet die Nutzung von S-Bahnen, Bussen und Regionalzügen jetzt. Ab 2024 könnte der Tarif dann leicht steigen. Ein Weltuntergang wäre das nicht, weil die meisten Kunden für ihre Abos weiterhin viel weniger bezahlen werden als vor dem „Deutschlandticket“. Umgekehrt kann die Preiserhöhung aber auch Neukunden abschrecken. Es wird also wichtig, das „Deutschlandticket“ zu besonders günstigen Konditionen unter anderem Studenten zugänglich zu machen. Es sollten aber auch Prioritäten gesetzt werden: Wichtiger als reine Billigtickets sind die Zuverlässigkeit der Züge und bessere Fahrpläne. NRW braucht einen Zehn-Minuten-Takt für die S-Bahnen und mehr Schnellbus-Linien zu den kleineren Städten. Es gibt noch viel zu tun für die Verkehrswende. Ernst zu nehmende Politik sollte dies begreifen und die Zukunft von „Deutschlandticket“ und ÖPNV stabil absichern.



HISTORISCHES VORBILD

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

MEINUNG Vor dem geplanten Besuch des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in Deutschland gibt es Forderungen, ihn wegen seiner Haltung zu Israel wieder auszuladen. Das jedoch ist heuchlerisch und politisch unklug.

Billige Entrüstung

VON SUSANNE GÜSTEN, ISTANBUL

Besuche des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan in Deutschland werden in der Bundesrepublik immer heftig diskutiert – diesmal bricht der Streit jedoch schon zwei Wochen vor Erdogans geplanter Ankunft in Berlin aus. Politiker von Union und FDP verlangen, die Bundesregierung solle Erdogan wegen seiner scharfen Kritik an Israel ausladen. Deutsche „Selbstachtung“ lasse es nicht zu, den Präsidenten am 17. November zu empfangen. Die Empörung ist nicht nur billig; sich über Erdogan aufzuregen, gehört für manche deutsche Politiker zum Geschäft, egal um welches Thema es geht. Die Forderung, den türkischen Präsidenten auszuladen, ist vor allem heuchlerisch und politisch unklug.

Wer international etwas bewegen will, muss auch mit Politikern sprechen, die anders denken als man selbst

Heuchlerisch, weil Deutschland die Türkei seit dem 7. Oktober bittet, ihre guten Kontakte zu Hamas zu nutzen, um Geiseln aus Gaza freizubekommen. Zuletzt sprach Vizekanzler Robert Habeck vorigen Monat in Ankara mit der Regierung über das Thema. Bisher hat sich niemand gemeldet, der die Bitte der Bundesregierung um Hilfe der Türkei in der Geiselfrage für moralisch verwerflich oder für eine Verletzung der Selbstachtung hält.

Politisch unklug ist der Ruf nach einer Absage des Erdogan-Besuchs, weil Deutschland damit ohne Not den Kontakt zu einem wichtigen Akteur in der neuen Nahostkrise abbrechen würde. Erdogans Regierung führt Gespräche mit arabischen Staaten, europäischen Ländern und dem Iran; am Wochenende besuchte US-Außenminister Antony Blinken die Türkei. In dieser Situation zu sagen, man wolle mit Erdogan nichts zu tun haben, wäre lächerlich.

Die Bundesregierung sollte Erdogans Besuch viel mehr nutzen, um über die

Geiselfrage zu sprechen und die deutsche Position darzulegen. Dabei könnte es Streit mit dem Gast geben, aber es ist besser, diesen Streit im direkten Gespräch auszutragen als über das Telefon oder über die Medien.

Bundeskanzler Olaf Scholz wird Erdogan in Berlin nicht zu einem Israel-Freund machen. Aber Erdogan ist ein Pragmatiker, kein Ideologe. Bis zum 7. Oktober bemühte er sich um eine Wiederannäherung an Israel und um Gaslieferungen aus dem jüdischen Staat über die Türkei nach Europa. Inzwischen kritisiert Erdogan jedoch den israelischen Premier Benjamin Netanjahu mit harschen Worten und hat ihn als Gesprächspartner „gestrichen“, wie er sagt – doch der türkische Staatschef sagt

auch, dass seine Regierung und sein Geheimdienst weiter mit Israel sprechen. Scholz kann dem türkischen Präsidenten klarmachen, warum die Bundesrepublik so handelt, wie sie es tut. Und er kann Erdogan zuhören, der wenige Tage vor seiner Reise nach Deutschland an einem Gipfel islamischer Staaten in Saudi-Arabien teilnehmen will. Auch bei diesem Treffen dürfte es scharfe Kritik an Israel geben.

Außenpolitik wäre leichter, wenn man nur mit Gleichgesinnten reden könnte. Doch wer international etwas bewegen will, muss auch mit Politikern sprechen, die anders denken als man selbst oder die westliche Werte missachten. Erdogan ist da noch harmlos. Wenige Wochen vor dem Hamas-Angriff sprach Bundesaußenministerin Annalena Baerbock mit ihrem iranischen Kollegen Hossein Amir-Abdollahian, dessen Regierung schon damals das Raketenprogramm der Hamas finanzierte und das Ziel verfolgte, Israel von der Landkarte zu tilgen. Bundeskanzler Scholz empfing wenige Tage nach dem 7. Oktober den Emir von Katar, der die Hamas-Führung in seinem Land woh-

INFO

Deutsche Positionen zu Erdogan

FDP FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai hat Bedenken gegen einen Besuch Erdogans angemeldet. „Erdogans permanente Hassreden gegen Israel und seine Solidarität mit der Terrororganisation Hamas sind unerträglich. Das muss Konsequenzen haben und darf von der Bundesregierung nicht ignoriert werden“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Eine Reise nach Deutschland sei „in diesem Zusammenhang außerordentlich problematisch“.

Union Kritik gab es auch von Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU): „Es ist gefährlich, wenn sich ein Nato-Mitglied so äußert wie die Türkei unter Erdogan. Das kann nicht unwidersprochen bleiben“, sagte er dem „Münchner Merkur“.

Zentralrat der Juden Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, sagte dem Sender „Welt TV“: „Ich erwarte zumindest, dass seitens der Bundesregierung, seitens des Kanzlers zu dieser Äußerung von Erdogan (Israel als „Terrorstadt“, Anm. d. Red.) auch ihm gegenüber klare Worte gesagt werden und dass dieses sich in keiner Weise mit der Einstellung der Bundesrepublik vereinen lässt.“ (afp/dpa)



Erdogan bei einer Solidaritätskundgebung für die Palästinenser. FOTO: DPA

nen lässt – der aber auch zu den wenigen aussichtsreichen Vermittlern im Gaza-Krieg gehört.

Erdogan appellierte im Gaza-Konflikt zunächst an beide Seiten, die Gewalt zu beenden; er sprach sowohl mit der Hamas als auch mit der israelischen Regierung. Inzwischen sieht er die Hauptschuld für die Eskalation bei Israel, dem er Kriegsverbrechen und Massaker an Unschuldigen vorwirft. Diese Kritik verbindet er erstens mit Lob für die Hamas und zweitens mit Warnungen vor einer angeblichen Verschwörung des Westens gegen die islamische Welt. Das Erste ist aus deutscher Sicht inakzeptabel, das Zweite ist Unsinn.

Auf eine Rolle als Vermittler kann Erdogan nach seinen Ausfällen gegen Israel nicht mehr hoffen, denn Netanjahu dürfte der Türkei nicht mehr vertrauen. Doch in der Substanz vertritt seine Regierung eine ähnliche Haltung wie das EU-Mitglied Spanien: Ankara fordert eine Feuerpause und die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz. Als langfristige Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes schlägt die Türkei ein System von Garantemächten vor, die für die Sicherheit der Israelis und Palästinenser verantwortlich sein sollen.

Erdogans Kritik an Israel wird von vielen Türken geteilt, nicht nur von seinen eigenen Wählern. Dass ein Politiker wie der türkische Präsident diese Stimmung fünf Monate vor wichtigen Kommunalwahlen aufgreift, ist aus deutscher Sicht vielleicht nicht schön, aber auch nicht überraschend. Zudem richtet sich die türkische Kritik ausschließlich gegen Israel, nicht gegen Juden insgesamt. In der Türkei hat es bisher – anders als in Deutschland – keine Angriffe auf jüdische Einrichtungen gegeben. Erdogan ist kein einfacher Gesprächspartner, aber einer, der für Deutschland und Europa wichtig ist und noch wichtiger werden könnte, wenn der Gaza-Krieg erst einmal vorbei ist. Deutschland sollte an seiner Einladung für Erdogan festhalten.

WISSENSDRANG

Es ist paradox: Einerseits scheint der Einfluss der christlichen Kirchen in Deutschland aufgrund ihres Mitgliederschwunds stetig zu sinken. Andererseits scheinen einige zentrale christliche Botschaften im Bereich des Politischen lebendiger und einflussreicher denn je zu sein. Kaum jemand bezieht Ideen wie die Gleichheit aller heute noch auf ein von der politischen Welt unterschiedenes Reich Gottes; sie bildet die ideale Grundlage moderner Demokratien. Die von der EKD-Ratsvorsitzenden Annette Kurschus bei ihrem Amtsantritt ausgegebene Losung, Christen sollten sich vor allem um die Verlierer, die Ränder der Gesellschaft und besonders um die Fremden kümmern, ist längst zentraler Bestandteil einer Zivilreligion nicht nur der politi-

Das Paradox des Christentums

Während die Kirchen an Einfluss verlieren, gelten ihre Werte vielen mehr denn je.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

schon Linken. Spätestens seit den 70er-Jahren scheint zudem mit der Unterscheidung zwischen dem Weltlichen und dem Reich Gottes auch die Unterscheidung zwischen der politischen Welt und dem Reich des Teufels aufgehoben zu sein. Die Funktion des Antichristen haben heute längst Hitler und der Begriff Nazi übernommen, die Angst vor dem Bösen hat sich in ein besorgtes Misstrauen gegenüber „rechten“ Umtrieben verwandelt. Vielleicht ist aber gerade dieser Erfolg zentraler christlicher Ideen und die politische Transformation der Vision des Bösen der Grund für den schwindenden Einfluss der Kirchen: Als Verkünder dieser Werte sind sie eigentlich überflüssig geworden. Was bleibt den Kirchen? In der evangelischen

Kirche geht die „Frohe Botschaft“ heute oft unter dem rhetorischen Bemühen verloren, sich als treibende Kraft nicht religiöser Formen christlich inspirierter politischer Bewegungen zu präsentieren. So entsteht der Eindruck, dass sie heute schamhaft verbirgt, was sie kann – nämlich kompetent die religiösen Fragen zu erörtern, die die Menschen heute so sehr bewegen wie eh und je – und stattdessen Autorität für das beansprucht, was sie nicht kann: kompetente Antworten auf aktuelle politische Fragen zu geben.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.